

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 104. Ratssitzung vom 8. Juni 2016

1978. 2016/68

Weisung vom 09.03.2016:

Finanzverwaltung, Rechnung 2015, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die zweckgebundene Übertragung nicht beanspruchter Mittel von Fr. 48 800.– für die Produktgruppe 1 (Sammlungen und Ausstellungen) des Museums Rietberg auf die Rechnung 2016 wird bewilligt.
3. Die Rechnung 2015 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 496 839.91 wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2015 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2015 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
6. Die Rechnung 2015 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Rechnung 2015 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 30. Mai 2016

Eintretensdebatte:

Walter Angst (AL) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2015 vor: Die RPK hat die Rechnung geprüft und den Revisionsbericht der Finanzkontrolle zur Kenntnis genommen. Für Details verweisen wir wie üblich auf Kapitel 1 und 2 der Weisung des Stadtrats, wo in übersichtlicher Form die wichtigsten Fakten zum Rechnungsabschluss enthalten sind. Trotz eines budgetierten Defizits von 144 Millionen Franken können wir mit einem positiven Abschluss in die Beschlussfassung gehen. Es liegt ein Plus von 9,7 Millionen Franken vor. Diese erstaunliche Verbesserung ist einerseits auf Sondereffekte zurückzuführen, aber auch darauf, dass die Massnahmen im Rahmen von 17/0 und die grössere Ausgabendisziplin des Stadtrats Wirkung gezeigt haben. Der tiefere Personalaufwand und der tiefere Sachaufwand machen dies deutlich. Die Steuereinnahmen liegen 42 Millionen Franken unter dem Budget. Wir haben aber erneut einen Rekordwert von 2,6 Milliarden Franken erreicht. Die Investitionsrechnung schliesst

mit Ausgaben von 858 Millionen Franken erheblich tiefer ab als budgetiert. Nur zwei Drittel der budgetierten Werte wurden tatsächlich investiert. Die Nettoinvestitionen sind im Vergleich zum Vorjahr um 70 Millionen Franken tiefer. Dies führt zu einem hohen Selbstfinanzierungsgrad. Die Stadt konnte sämtliche Investitionen ohne Fremdfinanzierung vornehmen. Es konnte sogar Fremdkapital zurückgezahlt werden. Die auf die laufende Rechnung durchschlagenden Ausgaben bei den Investitionen im Hochbau liegen um 27 % tiefer als budgetiert. Im Tiefbau liegen sie um insgesamt 40 % tiefer. Die Gemeindebetriebe weisen einen positiven Rechnungsabschluss aus. Das EWZ liefert 60 Millionen Franken an die Stadtkasse ab. Die Reserven der Gemeindebetriebe betragen 2,5 Milliarden Franken. Es zeigt sich, dass die Gemeindebetriebe der Stadt sehr gut dastehen und der Wirtschaft der Stadt eine sichere Basis bieten. Zur Bilanz: Das Fremdkapital nahm um 51 Millionen Franken ab. Auch dies ist ein neuer Trend. Es hat mit dem positiven Rechnungsabschluss zu tun. Man konnte Fremdkapital abbauen. Dies war in den Jahren zuvor nicht möglich. In der Rechnung auf den Seiten 41 bis 44 sind Hinweise der Finanzkontrolle nachzulesen, die die Abweichungen der Rechnungslegung zum Gemeindehaushalt im Detail ausweisen. Zu den Einzelaspekten der RPK-Prüfung: Die RPK beantragt, die Rechnung von Entsorgung und Recycling (ERZ) nicht zu genehmigen. Es liegt eine aussergewöhnliche Situation vor. Das letzte Mal war dies 1972 der Fall. Die RPK beanstandet beim ERZ, Abteilung Abfall, dass in der Rechnung 4 Millionen Franken statt auf der Investitionsrechnung in den laufenden Ausgaben verbucht wurden. Die Ausgaben hätten dem vom Gemeinderat am 26. September 2010 bewilligten Objektkredit von 72,1 Millionen Franken belastet werden müssen. Die Finanzkontrolle erwähnte den Sachverhalt am 17. Dezember 2015. Der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) machte sie an der Medienorientierung vom 17. Dezember 2015 publik. Gemäss der Übersicht über die Verpflichtungskredite wurden im Projekt Logistikzentrum Hagenholz per 31. Dezember 2015 Ausgaben von insgesamt 75 Millionen Franken belastet. Damit wurde der vom Volk bewilligte Objektkredit auch ohne die Falschverbuchung von 4 Millionen Franken im Jahr 2015 überschritten. Die RPK bittet den Stadtrat, bei künftigen Überschreitungen von Objektkrediten explizit einen Hinweis in der Rechnung zu platzieren. Das ist aber noch nicht alles. Am 11. Mai 2016 musste der Stadtrat mit einem dringlichen Zusatzkredit weitere 1,2 Millionen Franken freigeben für die Bezahlung von offenen Rechnungen von Lieferanten für Aufträge aus dem vergangenen Jahr. Der Stadtrat hat im Rahmen des Zusatzkredits angekündigt, dass er dem Gemeinderat eine Objektkrediterhöhung für das Logistikzentrum beantragen wird. Die RPK hat zur Kenntnis genommen, dass sowohl das TED als auch die GPK im Zusammenhang mit dem Logistikzentrum Hagenholz die Umstände im Detail abklären werden. Nebst diesem Thema hat die RPK weitere Themen bearbeitet, unter anderem den Umgang mit Budgetbeschlüssen des Gemeinderats. Das Polizeidepartement konnte den Auftrag des Gemeinderats bei der Weiterbildung nicht wie vorgesehen umsetzen. Die vom Gemeinderat beschlossenen 2,8 Millionen Franken wurden massiv überschritten auf 3,3 Millionen Franken. Wir werden weitere Gespräche mit dem Polizeidepartement führen. Es wurde auch kein Zusatzkredit beantragt. Diese Situation darf künftig nicht mehr vorkommen. Weiter wurden gewisse Detailanträge, die in der Begründung mit einem konkreten Auftrag an den Stadtrat beschlossen wurden, nicht entsprechend umgesetzt, beispielsweise in der zentralen Verwaltung des TED die

psychometrischen Analysen der neun Persönlichkeitsdimensionen im Rahmen der Rekrutierung. Solche Begründungen sind verbindlich und müssen wie vorgesehen umgesetzt werden. Des Weiteren beantragen einzelne Dienstabteilungen noch immer nicht wie vorgesehen Zusatzkredite. Dies war bei den VBZ der Fall. Dort hat das DIB jedoch bereits im Rahmen der Beantwortung der Fragen zugesichert, dass das künftig nicht mehr vorkommen werde. Nun noch einige Detailbemerkungen zur Rechnung: Wir haben festgestellt, dass der Abschreibungsbedarf beim Breitbandnetz des EWZ erheblich ist. Was beim EWZ in den Büchern steht, entspricht nicht dem, was wirtschaftlich für tragbar gehalten werden sollte. Zu den Sozialausgaben: Die Stadt befindet sich hier in einer besonderen Situation. Bei der Sozialhilfe sind die Ausgaben stabil, bei den Ergänzungsleistungen sind sie sogar rückläufig. Hier ist verglichen mit anderen Gemeinwesen im Kanton Zürich ein gegenläufiger Trend zu erkennen. Bei den Ergänzungsleistungen liegt dies unter anderem daran, dass die Bedingungen mit der IV-Revision für den Zugang zu Leistungen geändert wurden. Ein Ausblick: Aus Sicht der RPK bleiben die finanzpolitischen Herausforderungen trotz des guten Abschlusses sowohl auf Einnahmen- als auch auf Ausgabenseite erheblich. Verbesserungen im Budget sind teilweise nur auf einmalige Einsparungen zurückzuführen. Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III werden sich mittelfristig erheblich auf die Rechnung der Stadt auswirken. Das kantonale Sparpaket wird die Stadtfinanzen ebenfalls belasten. Die Prognosen für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung sind aufgrund des starken Frankens unsicher. Die Ertragslage vieler Firmen – abgesehen von den Finanzdienstleistern, die einen erheblichen Anteil zum Steuereinkommen der Stadt beitragen – hat sich verschlechtert, es wurden Stellen abgebaut. Möglicherweise wird es zu sinkenden Steuereinnahmen kommen. Die Zinsen sind weiterhin auf einem historisch tiefen Niveau. Die RPK wird die Entwicklung des Personal- und Sachaufwands konsequent weiterverfolgen und die Abläufe und Kostenstrukturen in allen Dienstabteilungen und Departementen prüfen. Wir verfolgen auch die weiteren Massnahmen, die nach dem Abschluss des Projekts 17/0 weiterlaufen und die mittelfristig zu einer Verbesserung oder Stabilisierung der Finanzlage der Stadt beitragen müssen. Die RPK bedankt sich bei der Verwaltung und beim Stadtrat für die zeitnahe Beantwortung der Fragen. Wir bedanken uns auch bei der Finanzkontrolle, die der RPK die Aufgabe der finanztechnischen Prüfungen abnimmt und uns vierteljährlich mit Quartalsberichten über Detailprüfungen in den einzelnen Departementen und Dienstabteilungen informiert.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1979/2016–1985/2016)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ein positiver Abschluss ist erfreulich, insbesondere, wenn das Budget noch tiefrot war. Wir sind mit der Rechnung deutlich besser unterwegs als erwartet. Verschiedene Faktoren haben einen Einfluss darauf. Die Steuereinnahmen sind sicherlich ein wesentlicher. Unserer Meinung nach sind die steigenden Steuern vor allem auf die Attraktivität der Stadt zurückzuführen. Neue, auch steuerkräftige Personen kommen in die Stadt. Ein weiterer Faktor sind die Anstrengungen in den Departementen*

und in den Dienstabteilungen, kostenbewusst unterwegs zu sein, um das Ergebnis zu verbessern. Ein Faktor ist nicht zuletzt auch die Auflösung der Reserven. Wir haben dies nicht gesucht. Es ist von nun an eine Risikoposition. Wenn der Kurs fällt, kann eine ansonsten ausgeglichene Rechnung deutlich ins Minus geraten. Erfreulich ist, dass wir das Eigenkapital halten konnten und dass die Eigenfinanzierung positiv war. Das liegt nicht daran, dass wir Investitionen bewusst zurückhalten würden, sondern an Sondereffekten bei den Betrieben, so zum Beispiel die Einsparungen bei der Trambeschaffung, durch die die Investitionen nicht wie geplant getätigt werden konnten. Des Weiteren verweise ich auf den allgemeinen Teil der Erklärung der RPK, der sehr objektiv und gut verfasst ist. Die Rüge der RPK hält der Stadtrat für übertrieben. Stadtrat Filippo Leutenegger wird dazu Stellung nehmen. Wir sind uns mit der RPK einig, dass Handlungsbedarf besteht, zum einen beim Thema Unternehmenssteuerreform III. Wir versuchen vehement, gegenüber dem Bund unsere Interessen wahrzunehmen. Jeder Franken, der in der Stadt ausfällt, fällt auch im Kanton aus. Das kann keinem der Beteiligten egal sein. Die Städte sind gemäss Avenir Suisse die Erfolgsfaktoren der Schweiz. Sie dürfen nicht geschwächt werden. Mit der Patentbox hat der Nationalrat noch neue Schlupflöcher geöffnet. Das ärgert mich. Wenn diese nicht geschlossen werden, könnte das ganze Branchen gewinnsteuerfrei machen. Zur Leistungsüberprüfung des Kantons: Anhand von ersten Analysen kann davon ausgegangen werden, dass die Stadt überdurchschnittlich davon betroffen sein wird. Zu den Wachstumskosten: Diese treffen uns ebenso sehr wie den Kanton. Wenn eine wachsende Stadt eine gewisse Leistungsqualität halten will, bringt dies Sonderkosten in verschiedenen Bereichen wie Infrastruktur oder Schulbildung mit sich. Diese müssen wir ebenfalls einkalkulieren. Ich bedanke mich bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die gute Arbeit sowie bei der RPK für die grundsätzlich sehr gute Zusammenarbeit.

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 1–2 und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:

Walter Angst (AL): *Der Antrag Nichtgenehmigung der Rechnung des ERZ hat keine materiellen Folgen. Es ist eine massive Rüge. Die Bearbeitung der Rüge ist Sache der GPK, des Departements und des Stadtrats. Es wurde ein Zeichen gesetzt, dass die RPK mit grossem Unwillen gesehen hat, dass zur vermeintlichen Vermeidung einer Kostenüberschreitung beim Objektkredit nicht zulässige Buchungen getätigt wurden. Die Mehrheit der RPK ist aber nicht der Meinung, dass eine ablehnende Kenntnisnahme für die ganze Rechnung gelten sollte. Es ist eine Ausnahmesituation, die bearbeitet werden muss. Die Rechnung sollte mit dieser Ausnahme genehmigt werden.*

Roger Liebi (SVP): *Mir scheint, es wäre hier zuerst eine Eintretensdebatte angesagt. Die Meinungen der bürgerlichen Parteien scheinen alle den gleichen Punkt zu treffen. Der Stadtrat sollte dies ernst nehmen. Das Wachstum kostet viel. Normalerweise sollte es durch Einnahmen gedeckt werden. Das ist nicht der Fall. Deshalb drohen nun Steuererhöhungen. Mich stört, dass Kanton und Bund kritisiert wurden wegen der Unternehmenssteuerreform III. Ein grosser Teil der Unternehmenssteuerreform III kommt*

wegen der linken Regulierungen in Europa. Die EU verlangt Anpassungen der Steuergesetze. Wenn die Linken in die EU wollen, sollen sie sich nicht beschweren, wenn wir uns an diese Regelungen anpassen müssen. Gleichzeitig werden die Kosten für die Unternehmenssteuerreform III vorweggenommen. Zur Patentbox-Frage: Wenn man diese mit einbezieht, sinkt der Steuersatz vermutlich nicht so stark. Der Kanton Zürich ist im Übrigen der einzige Kanton, in dem Grundstückgewinnsteuern nicht mit Geschäftsverlusten verrechnet werden können. Der Bund fordert dies eigentlich vom Kanton ein. Es gibt dazu auch ein Bundesgerichtsgutachten. Die entsprechenden Steuerausfälle sind ziemlich hoch. Auch dies gehört zur Beratung der Unternehmenssteuerreform III. Man kann aber auch nicht einfach den Kanton beschuldigen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ich nehme die Rüge bezüglich ERZ zur Kenntnis. Wir wollen den Vorfall nicht beschönigen. Als wir über die Finanzkontrolle Kenntnis davon erhielten, haben wir sofort gehandelt. Wir haben breit informiert und haben alles dargelegt, was wir zum damaligen Zeitpunkt wussten, und eine Pressekonferenz dazu abgehalten. Die RPK rügt, dass der Stadtrat in der Rechnung 2015 nicht ausdrücklich auf die Überschreitung hingewiesen hat. Das stimmt so nicht. Wir haben im Bericht auf Seite 300 explizit darauf hingewiesen: «Das Ausmass der angefallenen Kosten wird den Gesamtkredit überschreiten». Ich habe bei jeder Gelegenheit betont, dass es mutmasslich eine erhebliche Überschreitung von bis zu 10 Millionen Franken geben wird. Es war zwar nicht Gegenstand der Untersuchung der Finanzkontrolle, dennoch habe ich wiederholt darauf hingewiesen. Ich habe kein Interesse daran, etwas zu verschweigen, was mir zur Kenntnis kam. Mein Votum soll keine Gegenrüge an die RPK sein. Ich möchte nur festgehalten haben, dass ich bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen habe. Mir ist Transparenz sehr wichtig. Das möchte ich hier betonen.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Helfenstein (SP): Die GPK behandelt die Untersuchung zum Thema Hagenholz in einer Sonderkommission, die unter mir als GPK-Referenten des TED tagt. Die Sonderkommission wird der RPK einen Auftrag erteilen, um den rechnungsprüferischen Teil so genau wie möglich aufzuarbeiten. RPK und Sonderkommission haben bisher in der Untersuchung eng zusammengearbeitet. Beide haben für das Geschäft Geheimhaltung beschlossen. Das Departement hat von sich aus eine Administrativuntersuchung in Auftrag gegeben. Der dazugehörige Bericht wurde von einer externen Organisation erstellt und liegt beiden Kommissionen vor. Ergebnisse daraus werden auch in den Bericht der Sonderkommission einfließen. Wir bemühen uns um eine rasche und umfassende Aufarbeitung. Ich spreche nun noch in meiner Rolle als Gemeinderatsmitglied. Roger Liebi (SVP) erwähnte in der Fraktionserklärung, dass sich die Stadt zu wenig für die Banken einsetze. Man sollte sich an dieser Stelle fragen, welche Parteien gegen die Weissgeldstrategie, nicht gegen die Ablehnung von Potentatengeldern, nicht gegen Steuerhinterziehung, für pseudoleistungsbezogene Boni sowie für das Bankgeheimnis waren. Für die Banker wäre die Situation deutlich besser, wenn sie nicht aufräumen müssten, was

ihnen diese Strategien eingebracht haben. Die Aktienpreise und Steuereinnahmen unserer Grossbanken wären viel höher, wenn diese Parteien sich zu einer zukunftsgerichteten Strategie bekannt hätten. Roger Liebi (SVP) sollte der Stadt nicht vorwerfen, sie würde die Banken nicht unterstützen. Wenn hier jemand das langfristige Wohl der Banken und des Finanzplatzes im Auge hat, sind es der Stadtrat und die Stadtpräsidentin.

Michael Baumer (FDP): Wenn man die Fraktionserklärungen mit denjenigen des vergangenen Jahres vergleicht, gibt es gewisse Wiedererkennungseffekte. Die auf die Stadt zukommenden Steuerausfälle, die nun bezogen auf die Unternehmenssteuerreform III genannt wurden, können je nachdem tatsächlich zu einer Herausforderung werden. Zu behaupten, die Steuerreduktionen seien der Grund für die knappen städtischen Finanzen, greift aber etwas kurz. Wir verzeichnen von Jahr zu Jahr rekordhohe Steuereinnahmen. Die gleiche Diskussion lief bereits im Zusammenhang mit den Arbeitslosenkassen. Dort wurde gesagt, den Gemeinden würden dadurch höhere Sozialkosten entstehen. Man könnte hier eine ganze Litanei von früheren Fraktionserklärungen aufzählen, was alles auf die Stadt zukommt. Zur Unternehmenssteuerreform III: Es ist eine spezielle Politik, wenn SP-Nationalrätinnen und -nationalräte die Unternehmenssteuerreform III so gestalten, dass man sie von den Städten aus ablehnen muss. Wir müssen unsere Leistungsüberprüfung 17/0 selbst erledigen. Die grossen Kosten befinden sich in rot-grünen Steckenpferden, zum Beispiel in den Bereichen des staatlichen Wohnungsbaus und der 2000-Watt-Gesellschaft. Diese wurden selbstverständlich nicht angerührt. Die Aufgaben- und Finanzplanung sieht nach wie vor grosse Fehlbeträge vor, auch wenn dies nur eine Ausgangsposition ist und in Vorbereitung auf das Budget auch überarbeitet wird. Man sollte auch für künftige Aufgaben und Problematiken etwas zurücklegen und nicht nur knapp am Defizit vorbeischrappen. Der korrekten Rechnungsführung stimmen wir zu, nicht aber der städtischen Finanzpolitik.

Walter Angst (AL): Die RPK rügt den Stadtrat, dass er in der Rechnung nicht ausdrücklich auf die Überschreitung beim Objektkredit hingewiesen hat. Ich danke Stadtrat Filippo Leutenegger, dass er auf Seite 300 einen kleinen Hinweis einfügte, dass der Objektkredit irgendwann überschritten werde. Die RPK rügt nicht dies, sondern dass auf Seite 458, auf der die Übersicht über die Objektkredite enthalten ist, nicht direkt hervorgeht, dass man bereits am 31. Dezember mit dem Objektkredit 600 000 Franken im roten Bereich war. Man hätte dort einen Hinweis anbringen müssen. Insofern handelt es sich um eine Bitte an den Stadtrat, dafür zu sorgen, dass solche Dinge künftig rechtzeitig transparent gemacht werden.

STR Filippo Leutenegger: Danke. Einverstanden.

Niklaus Scherr (AL): Ich habe so etwas in meinen Jahren als Gemeinderat noch nie erlebt. Es ist euphemistisch zu sagen, dies sei ein unschöner Vorfall. Eine in den höchsten Tönen gelobte Dienstabteilung disponiert innerhalb eines Jahres 4 Millionen Franken, die eigentlich in den Investitionskredit gehören, auf fünf verschiedene Unterhaltskonti. Dem Stadtratsbeschluss vom 11. Mai dieses Jahres mit der Beantragung eines zusätzlichen Nachtragskredits ist zu entnehmen, dass auch in den vorangegangenen Jahren solche Um- und Fehlbuchungen passiert sind. Stadtrat Filippo Leutenegger sag-

te an einer Pressekonferenz, es sei niemand zu Schaden gekommen. Wir hatten in einer Ratssitzung diskutiert, wieso es möglich ist, dass Budget und Rechnung von ERZ Abfall um 30 Millionen Franken abweichen können bei einem Umsatz von rund 110 Millionen Franken. Hier zeigt sich die extreme Intransparenz, die in der Budgetierung dank der Gebührenhochhaltepolitik existiert. Es hat Platz für drei, vier oder fünf Millionen Franken, die man aus einem Konto abschöpfen und anderswo verstecken kann. Es gibt keinen anderen Bereich der Stadtverwaltung wie die gebührenfinanzierten Werke, die ein dermassen hohes Polster haben, wo niemand hinschaut. Die Unterhaltskredite bei ERZ Abfall lagen bis 2012 und 2013 bei 8.5 und 9.5 Millionen Franken. In den Jahren 2014 und 2015 stiegen sie sprunghaft auf fast 14 Millionen Franken an. Das waren die durch den Direktor des ERZ veranlassten Polsterbuchungen. Anlässlich der Pressekonferenz von Stadtrat Filippo Leutenegger im Dezember wurde erwähnt, dass der Vorsteher des TED am 10. September 2015 informiert wurde. Spätestens ab dann blinkten sämtliche Alarmlampen. Als langjähriger Gemeinderat habe ich den Satz «das Ausmass der angefallenen Kosten wird den Gesamtkredit überschreiten» eher so gewertet, dass in Zukunft noch weitere Kosten anfallen werden. In Wirklichkeit handelt es sich um bereits fehlverbuchte Kosten. Ich weiss nicht, ob der Stadtrat heute überhaupt im Stande ist, eine komplette Liste aller Fehlbuchungen zu erhalten. Kyriakos Papageorgiou (SP) und ich haben die ERZ-Leute in der Kommission unzählige Male gefragt, ob das Budget standhält. Wir hatten ein grosses Misstrauen gegenüber dem Kostenvorschlag.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich habe eine Ergänzung zu den Fraktionserklärungen. Es wurde nun vor allem darauf hingewiesen, dass durch einmalige Sondereffekte – nicht getätigte Investitionen und dergleichen – eine schwarze Null entstanden sei. Es hatte aber auch damit zu tun, dass man bei gewissen Infrastrukturvorhaben langsam zu erkennen scheint, dass nicht nur das teuerste und fabulöseste Projekt das beste ist. Man gibt sich auch einmal mit der zweit- oder drittbesten Lösung zufrieden. Ich hoffe, dass die Lehren aus dem Hagenholz-Debakel dazu führen. Vor allem angesichts der Infrastrukturkosten, die künftig auf die Stadt zukommen. Es ist zu hoffen, dass dieser Trend auch in den nächsten Rechnungen erkennbar ist.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Zur Rechnung selber wurde bereits alles gesagt, was gesagt werden muss. Es ärgert mich stets, wenn von der rechtskonservativen Seite griechische Wörter mit einer Falschinterpretation benutzt werden. Die vorher erwähnte «Litanei» ist eine Form des gemeinschaftlichen Gebets, bei dem von einem Vorbeter, Diakon, Oberkantor, Anliegen oder Anrufungen vorgetragen und von der Gemeinde mit einem gleichbleibenden Ruf beantwortet werden. Diese gleichbleibenden Elemente einerseits und der Wechselgesang andererseits geben dem Litaneigebet einen meditativen Charakter. Michael Baumer (FDP) sollte sich vor der Verwendung solcher Wörter überlegen, was er damit ausdrücken will.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wird genehmigt, mit Ausnahme der Rechnung von Entsorgung + Recycling.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wird nicht genehmigt.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	100 Stimmen
Antrag Minderheit	<u>21 Stimmen</u>
Total	121 Stimmen
= absolutes Mehr	61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2:

Shaibal Roy (GLP): *In der Beantwortung der Fragen wurde klar, dass der Kredit nicht mehr benötigt wird. Die Mehrheit beantragt deshalb die Streichung der Dispoziffer.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Streichung der Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/80, Beschluss-Nr. 1976/2016.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die Rechnung 2015 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 496 839.91 wird nicht genehmigt.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

10 / 16

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4:

Michael Baumer (FDP): *Wir haben die Rechnung der Stiftung PWG geprüft. Die RPK beantragt einstimmig Zustimmung.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Enthaltung: Roger Liebi (SVP)
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 99 gegen 0 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 5:

Michael Baumer (FDP): *Es geht um die Rechnung der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien. Wir haben diese geprüft. Die Mehrheit beantragt Zustimmung zur Rechnung.*

Roger Liebi (SVP): *Wir lehnen die Rechnung auch dieses Jahr ab. Nicht, weil wir kinderreiche Familien per se ablehnen würden, sondern weil «kinderreich» nach wie vor durchaus definitionswürdig ist. Aus unserer Sicht sind die einen oder anderen Familien, die in diesen Wohnungen leben, nicht zwangsläufig kinderreich. Zum Votum von Kyriakos Papageorgiou (SP): Ich kläre ihn gerne im Anschluss an die Sitzung über die Begriffswandlung von «Litanei» über die Jahre auf.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Die Rechnung 2015 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird nicht abgenommen.

11 / 16

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 20 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Kommissionsreferent Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6:

Roger Liebi (SVP): *Es geht um die Stiftung Alterswohnungen. Ich spreche für die Kommission. Diese ist richtigerweise der Meinung, dass die Rechnung zur Kenntnis genommen werden sollte. Ältergediente RPK-Mitglieder oder auch Mitglieder der damaligen Finanzkommission hatten ab und zu Schwierigkeiten mit der Rechnungsführung der Stiftung. Das ist nun nicht mehr so. Deshalb kann man die Rechnung zur Kenntnis nehmen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

12 / 16

Ausstand: Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 7:

Walter Angst (AL): *Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass man die zwar in der Tat etwas spezielle Rechnung der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen abnehmen sollte. Die Stiftung ist noch nicht operativ. Es bestehen aber Ausgaben für Vorbereitungsarbeiten. Vor drei Jahren wurde diskutiert, ob die 80 Millionen Franken, über die das Volk entschieden hat, erst übertragen werden sollen, wenn die Stiftung operativ wird. Dies wurde vom Stadtrat abgelehnt. Deshalb hat man nun gewisse auflaufende Kosten. Das dient der Stiftung nicht. Der Sündenfall fand damals statt, als man beschloss, die Gelder erst zu überweisen, wenn die Stiftung operativ wird. Von daher ist das Genehmigen der Rechnung der Stiftung eine logische Folge davon.*

Michael Baumer (FDP): *Bei der Stiftung handelt es sich um eine richtiggehende Fata Morgana. Sie macht den Anschein eines Verschönerungsvereins, der noch einen Fonds zur Verschönerung der Parkbänke hat, obwohl gar keine Parkbänke mehr vorhanden sind. Die Stiftung ist seit über einem Jahr aktiv und hat bisher noch keine Liegenschaft erworben. Man hat dem Volk ein Versprechen abgegeben, das man nicht halten kann – ausser in einer Geschwindigkeit, die keinen Sinn macht. Wenn eine Stiftung nach einigen Jahren nur ein bis zwei Liegenschaften hat, macht das keinen Sinn. Wir beantragen deshalb schon wie in den letzten Jahren, die Rechnung ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Die Minderheit fordert den Stadtrat auf, die Auflösung der Stiftung anzugehen, bevor es absurd wird.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Jedes Jahr kommt dieselbe Häme von der einen Ratsseite, die aber beispielsweise auch die Einsetzung des Stiftungsrats unendlich verzögert hat. Die andere Ratsseite wiederum will zuerst haargenau wissen, was die Vorstellungen der Stiftung genau seien. Die Stiftung ist keine Fata Morgana. Die Stiftung ist daran, operativ tätig zu sein. Sie hat nicht sofort etwas gekauft. Die Stiftung PWG benötigte drei Jahre bis zum Erwerb des ersten Objekts. Das Geld wurde benötigt, damit die Stiftung die laufende Entwicklung bezahlen konnte. Die Stiftung arbeitet an einem ersten Baurecht. Erwirbt man in der Stadt ein Baurecht, geht das sehr langsam vorwärts. Ich bin zuversichtlich. Zur Aufforderung, die Stiftung aufzulösen: Die Stiftung geht aus einem Volksentscheid hervor.*

Roger Liebi (SVP): *Es würde mich nicht erstaunen, wenn im Laufe des Jahres die 80 Millionen Franken noch mit Minuszinsen belegt würden. Ab einer gewissen Zeit kann man das nicht mehr so fortführen. Der Finanzvorstand sagte selber, dass die Stiftung nicht operativ war. Es war falsch, das Geld dort hin zu schaufeln. An Walter Angst (AL):*

13 / 16

Die Rechnung wird nicht abgenommen, sondern zur Kenntnis genommen. Wenn Sie die Rechnung nun ablehnend zur Kenntnis nehmen, ist es nicht dasselbe, wie wenn Sie sie nicht abnehmen. Die AL könnte also noch auf unsere Seite wechseln und ebenfalls ablehnende Kenntnisnahme unterstützen, weil sie selber sagt, das Geld sei nicht nötig gewesen.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Die Rechnung 2015 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 8:

Walter Angst (AL): *Mit dem Budget 2016 trat erstmals der Fall ein, dass der Stadtrat die Abschreibung eines Globalbudgetantrags beantragte, der gar nicht umgesetzt wurde. Es handelt sich um den Globalbudgetantrag betreffend Globalbudget Alterszentren*

und der Einführung neuer Steuerungsvorgaben zu den Kostendeckungsgraden der Hotellerie. Dies mit dem Ziel, sicherstellen zu können, dass keine Quersubventionierungen stattfinden. Das zuständige Departement teilte mit, dass das nicht umsetzbar sei, weil die Zahlen nicht vorliegen würden. Auf Antrag der AL beschloss die RPK damals, dass der Antrag nicht wie vom Stadtrat beantragt abgeschrieben wurde. Es sollte nochmals geprüft werden, was geschieht, wenn der Stadtrat nicht gewillt ist, einen Globalbudgetantrag umzusetzen. Die Prüfung des Sachverhalts hat ergeben, dass der Globalbudgetantrag nur dann ein griffiges Instrument ist, wenn der Stadtrat auch gewillt ist, den Antrag umzusetzen. Dies ist bei der Einreichung eines Globalbudgetantrags zu berücksichtigen. Man sollte jeweils zuerst mit dem Stadtrat sprechen, ob er auch wirklich bereit wäre, einen solchen Antrag umzusetzen. Deshalb bleibt uns nur noch festzustellen, dass die Abschreibung des Antrags notwendig ist, um ihn aus der Traktandenliste zu streichen. Wir vollziehen dies nun noch nachträglich mit dem Budget 2016.

Roger Liebi (SVP): *Ich gratuliere dem Stadtrat zu seiner Standhaftigkeit. Er setzt etwas nicht um, das gewünscht und gefordert wurde, und andere Parteien ziehen diesen Antrag dann einfach zurück. Eine interessante Entwicklung, auch von der einst oppositionellen AL. Sobald eine Partei im Stadtrat vertreten ist, wird sie regierungshöriger. Wir sind nicht einverstanden damit, dass bereits überwiesene Anträge nicht abgeschrieben werden und halten am Antrag der AL fest.*

Weitere Wortmeldung:

Andreas Kirstein (AL): *Ich danke Roger Liebi (SVP) für seine sogenannte Standfestigkeit und das Aufrechterhalten meines Antrags selbst unter widrigsten Umständen. Das Festhalten an dem Antrag macht keinen Sinn. Allerdings finde ich es auch wichtig, dass es hin und wieder einen Winkelried gibt, der sich auch angesichts verheerender Übermacht und vollkommener Sinnlosigkeit in die feindlichen Speere wirft und eine Bresche schlägt. Das Globalbudget ist ein Instrument, das nicht dazu dient, die Einflussmöglichkeiten des Gemeinderats zu erhöhen. Es bewirkt genau das Gegenteil. Das war nun eine Lehre und deshalb nicht sinnlos. Der Meinung unserer Fraktion nach sollte etwas nur getan werden, wenn es Wirkung und nicht nur Lärm erzielt.*

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt die folgende neue Dispositivziffer 8:

8. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/404, von Andreas Kirstein (AL) vom 10. Dezember 2014 betreffend Globalbudget Alterszentren, Einführung neuer Steuerungsvorgaben zu den Kostendeckungsgraden, wird als erledigt abgeschrieben.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

15 / 16

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der neuen Dispositivziffer 8.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wird genehmigt, mit Ausnahme der Rechnung von Entsorgung + Recycling.
2. Die Rechnung 2015 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 496 839.91 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2015 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2015 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2015 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2015 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

16 / 16

7. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/404, von Andreas Kirstein (AL) vom 10. Dezember 2014 betreffend Globalbudget Alterszentren, Einführung neuer Steuervorgaben zu den Kostendeckungsgraden, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juni 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat